Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 8

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

Verantwortlich für die „Rundschau": Dr. W. Stocker

LITERATUR

Valentin Gitermann: *Geschichte Rußlands.* Erster Band. — 516 Seiten. Verlag Büchergilde Gutenberg, Zürich.

Aus zwei Gründen kann ein neues Werk über die Geschichte eines Landes geschrieben werden: entweder erlauben neu gefundene Quellen eine eingehendere oder andere Betrachtung oder der Verfasser stellt den Stoff unter einen anderen Gesichtspunkt; er betrachtet andere Faktoren der Geschichtsbildung für wesentlich, andere Ergebnisse als entscheidend. Und dieser zweite Grund war für Gitermann wohl maßgebend bei dem Entschluß, eine Geschichte Rußlands neu zu schreiben. Wie seiner «Geschichte der Schweiz» liegt auch diesem Werk selbstverständlich eine materialistische Geschichtsauffassung zugrunde und darum ist es ihm auch hier wieder gelungen, die geschichtliche Entwicklung so darzustellen, daß man ihre Zusammenhänge, ihre Ursachen und Wirkungen erfaßt und versteht. Der Gang der Ereignisse wird nicht mit dem spontanen Willen eines Zaren, eines Revolutionärs, dem plötzlichen Auftauchen einer Idee erklärt, sondern mit den grundlegenden ökonomischen Interessen und Gegebenheiten, die diesen Willen, diese Idee entstehen ließen. Nicht der Zufall, sondern die geographischen Tatsachen und die Produktionsbedingungen bestimmen die Geschichte eines Volkes.

Nun ist Gitermanns Werk ja nicht die erste Geschichte Rußlands auf marxistischer Grundlage, die man in deutscher Sprache lesen kann. 1929 erschien in Leipzig die Geschichte Rußlands von Pokrowski, der sich sogar noch wesentlich mehr von marxistischen Gedankengängen leiten läßt als Gitermann und einen sehr klaren Grundriß der Geschichte gibt. Aber er verzichtet auf die Schilderung des Ablaufes der einzelnen Ereignisse, wenigstens für den Zeitabschnitt, den der jetzt herausgekommene erste Teil von Gitermanns Geschichte umfaßt, das heißt bis zum Regierungsantritt Peters des Großen. Gitermann ist daher wie eine Ergänzung zu Pokrowski und führt gleichzeitig durch eine größere Wärme und Lebensnähe über ihn hinaus. — In einer sehr lebendigen Sprache versteht es Gitermann, den geschichtlichen Ablauf mit vielen Details zu schildern, die sich aber nie verlieren und immer nur Illustrationen zum Verständnis der Gesamtentwicklung sind. Er geht sogar noch weiter. Von den 512 Seiten des Buches umfassen 194 Seiten allein die Auszüge aus Quellentexten und bringen bisher nirgends bekannte Einzelheiten aus der russischen Geschichte. Damit wird das Werk aber nicht nur für den Laien, der sich über die Grundzüge orientieren will, sondern auch für den speziell Interessierten und den Historiker wertvoll.

Die Eigentümlichkeit der Geographie Rußlands liegt zunächst in seiner inneren Aufgeschlossenheit. Keine Gebirge unterbinden den Verkehr, und die Ströme sind weit hinauf schiffbar. Diese Aufgeschlossenheit macht Rußland zu einem geeigneten Handelsweg und erleichtert Bevölkerungsfluktuationen. Sie ist auch die Grundlage seiner politischen Einheit, die im Wesen immer erhalten blieb. Dann aber war für die Wirtschaftsgeschichte Rußlands entscheidend, daß es nirgends an das offene Meer stößt. Es konnte daher nie selbständig am Welthandel teilnehmen und war darin immer von anderen abhängig. Während sich in Westeuropa, ausgehend von den Küsten, zuerst jener des Mittelmeers, nachher des Atlantiks, seit dem ausgehenden Mittelalter ein Handelsstand und ein Bürgertum entwickelte, die eine Kultur schufen, der auch unsere Kultur noch angehört, blieb diese Entwicklung in Rußland fast völlig aus. Das war für die Geschichte Rußlands entscheidend. Wohl hatte sich vom 9. bis ins 19. Jahrhundert am Handelsweg von Norden bis nach Byzanz das Städterußland mit Kiew an der Spitze entwickelt. Aber nach dem Untergange von Byzanz, nach der Erschöpfung des Pelz- und Sklavenmarktes (Sklave kommt vom Worte Slave!) verfiel dieses Reich und unterlag nach 1224 den Tatareneinfällen. Durch seinen Anschluß an Byzanz hatte sich Rußland

dem orthodoxen Glauben erschlossen. Es wurde daher auch nicht in die Kreuzzüge einbezogen. Während dann Westeuropa die Früchte dieser Kreuzzüge, den reichen Osthandel, die Anregungen aus der asiatischen Welt, die Ausschaltung der byzantinischen Konkurrenz genoß, verfiel Rußland in die dunkelste Zeit seiner Geschichte. Die Abgeschlossenheit vom offenen Meer, die Leere hinter dem Russischen Reich, von wo nur die Reiterheere der Nomadenvölker zerstörend eindrangen, erlaubten nicht mehr das Aufkommen eines neuen Handels. Rußland blieb Agrarland. Ein unbedeutender Innenmarkt, etwas Handel über Nowgorod mit dem europäischen Westen und ein noch geringerer Seiden- und Luxushandel nach dem Osten konnte kein starkes Bürgertum schaffen. Die Ausbeutung der Bauern durch Fürsten, Bojaren, Gutsbesitzer und Kirche wurde zum Raubbau. Nach dem Tatareneinfall und dem Fall von Kiew hatte sich ein großer Teil der Bevölkerung in die abgeschlossene, waldreiche weitere Umgebung Moskaus zurückgezogen, wodurch dieses zu seiner Macht kam. Nun flohen wieder viele in südlichere Gegenden, nachdem die Tatarenmacht zerfiel, und bildeten dort die Kosakensiedlungen. Solche gewaltigen Völkerwanderungen waren in Rußland mit seinen riesigen Ebenen und schiffbaren Flüssen eben leicht möglich. Diese Fluchtmöglichkeiten waren aber ein weiterer Grund, daß sich kein Bürgertum und keine bürgerliche Kultur entwickelte.

So hat Rußland eine völlig andere geschichtliche Entwicklung durchgemacht als Westeuropa; Gitermann hebt diese Verschiedenheit mit allem Nachdruck hervor. Die russische Geschichte ist gerade deshalb für den Westeuropäer interessant, weil sie ihm klar macht, daß die geschichtliche Entwicklung Europas keine Selbstverständlichkeit ist, wie sie sich aus dem menschlichen Fühlen und Denken von selbst ergeben muß, sondern daß sie ebenfalls durch ganz bestimmte ökonomische und geographische Voraussetzungen bedingt ist. Der denkende Leser wird daher bei dem Studium der russischen Geschichte Erkenntnisse sammeln, die ihn die Geschichte seines eigenen Volkes besser verstehen lassen. – Der erste Band der russischen Geschichte Gitermanns stellt eine große Bereicherung unseres Wissens auf einem Gebiete dar, zu dem wir bis jetzt nicht allzu viel Zugang hatten; wir freuen uns auf den zweiten, der die neuere und neueste russische Geschichte in unser Blickfeld rükken wird. sh.

Mélanges d'Etudes économiques et sociales, offerts à William E. Rappard. 493 Seiten. Brosch. Fr. 12.—. Verlag Georg & Cie., S. A., Genf.

Die umfangreiche Festgabe für Prof. W. E. Rappard enthält eine Reihe wissenschaftlicher Studien, die auch für den sozialistischen Leser mannigfaches Interesse bieten. So der Beitrag von Liebmann *Hersch*, «De la démographie actuelle à la démographie potentielle», eine eingehende Untersuchung über technische und politische Fragen der Bevölkerungspolitik, Sterblichkeitsberechnung usw., ferner die Arbeit von Edgar Milhaud, «De la crise économique mondiale à la politique de l'élévation des niveaux de la vie», die Betrachtungen – und Spekulationen – von Charles Burky über die Sowjetunion und Europa (L'U. R. S. S. et l'Europe») u. a. – Vor allem aber möchten wir hinweisen auf eine 140 Seiten umfassende Quellenstudie über die Anfangszeiten der Ersten Internationale: Antony Babel, La Première Internationale, ses débuts et son activité à Genève, de 1864 à 1870. Diese gründliche, mit umfassenden Literatur- und Dokumentennachweisen belegte Arbeit bringt neues Licht in die immer noch wenig bekannte Geschichte der ersten Jahre der Internationale. Zusammenhänge und Einflüsse bürgerlich-freiheitlicher, anarchistischer und anderer Strömungen und Persönlichkeiten werden untersucht, Marx und seine ideologischen Gegenspieler konfrontiert und – für uns besonders interessant – die Anfänge des «bodenständigen» westschweizerischen Sozialismus beleuchtet. Wer eine Fortsetzung und Ergänzung der Studien über die erste Zeit der Internationale sucht, die seinerzeit *Rjasanow* im Marx-Engels-Archiv (Bd. 1, S. 119 ff.) veröffentlicht hat, wird hier Anregung und reiches Material finden. st.

ARBEITER-BEWEGUNG

Märzenstürme in vier Kantonen

Ein Wahlmonat von bedeutsamen Ergebnissen und Aspekten liegt hinter uns. Vier große, volks- und industriereiche Kantone, Waadt, St. Gallen, Aargau und

Solothurn, haben ihre *Großratswahlen* durchgeführt. Der Ausgang dieser Wahlen ist in der Tagespresse, zum Teil auch in dieser Zeitschrift, eingehend gewürdigt worden. Wir verweisen auf die Kommentare und halten hier nur einige Grundergebnisse und deren Lehren fest.

Eindeutig ist der *Ruck nach links*. In den drei deutschsprachigen Kantonen hat die Sozialdemokratie insgesamt 23 neue Mandate erobert, nämlich 9 im Aargau, 9 in Solothurn und 5 in St. Gallen. Das entspricht einem Zuwachs von Tausenden von Wählerstimmen, wobei für den Kanton Solothurn noch in Betracht fällt, daß die Gesamtzahl der Sitze durch Erhöhung der Wahlziffer von 146 auf 130 reduziert wurde. Das zweite, nicht minder eindeutige und die Demokratie ehrende Resultat ist der Zerfall der Konjunkturparteien. Die «Jungbauern» von Dr. Hans Müllers Observanz haben im Aargau, wie früher schon in Bern, erfahren müssen, daß der schweizerische Wähler ein gutes Ohr und ein ebenso gutes Gedächtnis für Anpasserreden besitzt. Sie fallen von 3824 Listenstimmen (1941) auf deren 1968, von 8 Mandaten auf 3 zurück. Nicht besser ging es dem Landesring. Er verliert im Aargau die Hälfte seiner bisherigen 8 Sitze, während die Solothurner gleich tabula rasa machten und die ganze elfköpfige Landesringgruppe in der Versenkung verschwinden ließen. In St. Gallen hatten sich — in Ahnung kommender Dinge — Landesring, Jungbauern und ... Demokraten zu einer Rettungsallianz zusammengetan. Mit dem mathematisch einleuchtenden Resultat, daß aus dem Produkt dreier negativer Größen keine positive werden kann. Die Allianzgruppen hatten 1942 noch 11 800 Listenstimmen und zusammen 30 Sitze aufgebracht; jetzt sind es 6350 Stimmen und 18 Sitze — Verlust also rund 40 Prozent.

Vor allem lehrreich ist der Sonderfall *Waadt*. Die dort seit der Spaltung von 1939 herrschenden Verhältnisse sind bekannt: Eine relativ starke nicolistische Gruppe, heute Parti ouvrier populaire (POP) genannt, eine zahlenmäßig schwächere, aber allmählich wieder ansteigende Sozialdemokratische Partei — und ein Bürgertum, das, wenn es sich einigte, bisher dank der Spaltung der Arbeiterschaft den politischen Kuchen nach Belieben verteilen konnte. Daß diese reaktionäre Vormachtstellung auch unter der Majorzherrschaft ihre Stunde kommen sieht, beweisen die Ergebnisse des ersten Wahlgangs dieser Großratserneuerung ebenso deutlich wie der gleichzeitig — und ebenfalls noch unentschieden — ausgefochtene Kampf um ein Ständeratsmandat. Der *Ruck nach links* trat auch hier in Erscheinung. Aber er brachte vorläufig, *wegen der Spaltung*, kein greifbares Resultat. Das wird ohne weiteres klar, wenn man die Wahlziffern von St. Croix und Vallorbe einerseits mit jenen von Lausanne, Vevey oder Montreux anderseits vergleicht. An den erstgenannten Orten keine Spaltung, eine einzige Arbeiterliste (SP), mit dem Erfolg, daß alle Arbeiterkandidaten im ersten Wahlgang gewählt sind. Die Arbeiterlisten überflügeln diejenigen des Bürgerblocks um ein Beträchtliches, nämlich:

	Stimmen	
	SP	Bürgerblock
St. Croix	842	590
Vallorbe	471	405

In Lausanne, Vevey und Montreux sind die Arbeiterstimmen *insgesamt* ebenfalls zahlreicher als jene der bürgerlichen Parteien:

Lausanne POP 5648, SP 2373, zusammen 8021, Bürgerliche zusammen 7900.

Vevey: POP 750, SP 380, zusammen 1130; Bürgerliche zusammen 955.

Montreux: POP 448, SP 507, zusammen 955; Bürgerliche zusammen 930.

Die Arbeiterstimmen *zusammen* hätten also das absolute Mehr und damit den Wahlsieg im Majorzsystem für die Linke buchen können. Getrennt, hat die Linke das Mehr nicht erreicht. Eine *einige* Arbeiterschaft vermöchte aber zweifellos nicht nur die Stimmen der zwei Linksparteien zu summieren, sondern durch Mobilisierung der *Tausende von Wahlabstinenten* erheblich zu verstärken. Denn daß gerade die Spaltung ihre wesentliche Mitschuld trägt an der *Wahlbeteiligung von 50 Prozent* (!), kann nach allen bisherigen Erfahrungen nicht zweifelhaft sein.

Zeichen der Einsicht und der Einigung der Arbeiterklasse sind vorläufig nicht in den Gefilden Nicoles, wohl aber an der Nordgrenze der Schweiz zu erkennen: Die «Volkspartei Neunkirch» hat soeben beschlossen, sich gesamthaft in die Sozialistische Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen und damit in die SPS einzugliedern. Wir begrüßen auch an dieser Stelle die neue Parteisektion. Ih-

rem Beispiel kommt in dieser Zeit weit mehr als nur lokale Bedeutung zu. Von harter, aber erfolgreicher politischer Arbeit weiß auch die jüngste Kantonalsektion der SPS, die Nidwaldner Arbeiter- und Bauernpartei, neuerdings zu berichten. Sie ist durch die Gründung von drei Lokalsektionen in Stans, Buochs und Hergiswil organisatorisch ausgebaut worden. Welche Formen unser Kampf in der braven Urschweiz noch aufweist, vermag der zu ermessen, der ein Flugblatt des SMUV liest, worin energischer Protest erhoben wird gegen die Einmischung gewisser kirchlicher Würdenträger in die Interessen der freien Gewerkschaft. In Altdorf wird ein Kollege unter Druck gesetzt, er erhalte keine Wohnung, wenn er nicht aus dem Verband austrete, ein anderer, der standhaft bleibt, muß tatsächlich mit Frau und Kindern in einer Baracke leben — und von der Kanzel verkündet der Pfarrherr, der Beitrag an den SMUV sei die direkte Fahrkarte zur Hölle... Wenn das einer friedlichen, weltanschaulich neutralen Gewerkschaft passiert, was müssen erst die Männer der politischen Agitation zu hören bekommen! Trotzdem, oder gerade darum, weil der geistige Kampf jung und lebendig macht, haben die unerschütterlichen Nidwaldner Genossen ihr Parteihaus erweitert und verstärkt.

KRIEGSTAGEBUCH

16. Februar bis 15. März

Mitte Februar steht die Welt unter dem doppelten Eindruck der militärischen Großaktionen, die im Fernen Osten, an der Oder und am Rhein mit gleichem Nachdruck einsetzen, sowie der Dreierkonferenz von Yalta auf der Krim, deren politische Ergebnisse allmählich bekannt werden. Luzon, Hauptfeste der Philippinen, ist gefallen, Iwoschima in der Boningruppe als Sprungbrett gegen das japanische Festland besetzt. In Nordosteuropa ist die Festungsstadt Danzig umzingelt und zum Sturm reif, im Westen setzt nach langer, offenbar gründlicher Vorbereitung die Generaloffensive auf das Rhein- und Ruhrgebiet ein. Schon die nächste Woche zeigt, daß in der Tat militärische Entscheidungsschlachten von kriegsbestimmendem Ausmaß im Gange sind. Die Amerikaner überrennen Ende Februar die japanische Armee mit der Landung auf Palawar und andern Stützpunkten; Rokossowski erreicht die Ostsee; im Westen wird ein großer Teil der Siegfriedlinie liquidiert, und am 1. März bricht der Sturm an den Rhein und über den Rhein los, den «Volkssturm» ebenso überrennend wie den «uneinnehmbaren» Westwall. Verheerender als jemals wird zur Unterstützung der Land- und Seestreitkräfte die alliierte Luftwaffe eingesetzt. Die Luftkräfte der Achse scheinen, sei es aus Treibstoff- oder aus Pilotenmangel, nahezu völlig ausgeschaltet zu sein. Tokio erlebt einen Luftangriff, der das ganze Industrieviertel mit Brandbomben übersät. Aus Köln melden Bildberichte, daß nur noch der gotische Dom in schauerlicher Erhabenheit über den Trümmern steht. Dresden soll völlig vernichtet, die Bevölkerung um gegen 200000 Opfer dezimiert sein. Aus Berlin, das in langer Folge jeden Tag von Bombern angegriffen wird, dringen Gerüchte über Volksunruhen in der ersten Märzwoche ins Ausland. Daß die SS über genügend Technik und Brutalität verfügt, jede Friedensregung im Volke niederzuschlagen, kann allerdings nicht bezweifelt werden. Berichte aus Berlin wie aus Wien melden tägliche Hinrichtungen, und es scheint, daß Hitler und seine Horden tatsächlich gewillt sind, eher das eigene Volk zu vernichten, als auf die Macht zu verzichten. In diesem «Sinn» wurden, nach alliierten Berichten, in der ersten Märzhälfte in Stockholm Friedensfühler ausgestreckt. Hitler ließ, so grotesk und lächerlich das klingt, wieder einmal die «bolschewistische Kulturgefahr» an die Wand malen, die den Westen überrennen würde, wenn Europa sich nicht durch eine deutsch-französisch-angelsächsische Einigung in letzter Stunde davor zu retten vermöchte... Soll es diese neue Blufftaktik militärisch untermauern, oder liegt es nur in den derzeitigen Kräfteverhältnissen, daß tatsächlich gegen Mitte März die Westoffensive rapide Fortschritte ins Innere Deutschlands zeitigt, — während im Osten und Südosten die Nazitruppen mit fanatischer Verbissenheit um jeden Meter kämpfen?

Die Ergebnisse der *Krimkonferenz* beweisen jedenfalls, daß die Achsenspekulation auf ein politisches Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und den Westmächten gescheitert ist. Das heikle Polenproblem scheint gelöst, und zwar durch Anerkennung der russischen These

von seiten der Angelsachsen. Die Ansprüche der Sowjetunion auf die Erweiterung und Sicherung ihrer Westgrenze wurden durchgesetzt. Polen soll für die abgetretenen Ostgebiete mit Zuwachs in Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien entschädigt werden.

Die koordinierte Kriegführung bis zum endgültigen Sieg über die Achse ist gesichert, was allerdings nicht heißt daß nicht weitere politische Schwierigkeiten in großer Zahl sich nach der Krimkonferenz am Horizonte abzeichnen. Eine neue Spannung zwischen Frankreich und seinen Verbündeten harrt noch der Klärung, die durch Roosevelts Eigenwilligkeiten vorläufig nicht erleichtert wird. Die in Yalta entworfene Friedensorganisation beruht wesentlich auf der Präpotenz der Großmächte. Die bevorstehende Weltkonferenz in San Franzisko ist mit Problemen geladen, und die in allerletzter Stunde sich noch überbietenden Kriegserklärungen an die Achse (Türkei, Ägypten, Argentinien) vermögen kaum den Eindruck zu verwischen, daß vorläufig auch die Friedensplanung noch unter sehr kriegerischen, machtpolitischen Zeichen steht.

SCHWEIZERCHRONIK

16. Januar bis 15. März

16. Jan.: Beginn des Austausches von 9000 Kriegsgefangenen und Zivilpersonen über schweizerisches Gebiet.
17. Jan.: Fortsetzung der feindlichen Artikel der «Prawda» gegen die Schweiz, in welchen nachdrücklich die Aufhebung des Transitverkehrs Deutschland–Italien verlangt wird. – Das Urserental lehnt mit 1088 gegen 0 Stimmen die Errichtung eines Großkraftwerkes ab.
18. Jan.: Zahlreiche Grenzverletzungen durch fremde Flugzeuge.
19. Jan.: Radio Belgrad meldet das wohlbehaltene Eintreffen der zweiten schweizerischen Ärztemission in Jugoslawien. – Der Rückgang der Einfuhr im Vergleich zum Dezember 1943 beträgt 85%.
21. Jan.: Das Bundesbahngesetz über die SBB-Sanierung wird mit 387 218 Ja gegen 295 888 Nein angenommen, bei einer Stimmbeteiligung von 50,5%.
22. Jan.: Verschiedene Grenzverletzungen durch alliierte Flieger.
24. Jan.: Die Teuerung beträgt 49,7%.
25. Jan.: Absturz eines schweizerischen Militärflugzeuges; Tod der beiden Insassen.
26. Jan.: Zum Leiter einer demnächst in die Schweiz abgehenden amerikanischen Wirtschaftsdelegation wird Laughlin Currie, einer der engsten Mitarbeiter Roosevelts, ernannt.
27. Jan.: Amerikanische Flieger beschießen den Bahnhof Chiasso. – Die Vollmachtenkommission des Nationalrates stimmt der Aufhebung des Parteienverbotes mit 18:1 Stimmen bei vereinzelten Enthaltungen zu.
28. Jan.: Gründung einer schweizerisch-norwegischen Gesellschaft in Bern.
29. Jan.: In der Kartause Farneta bei Lucca, Italien, sind mit andern Priestern und Klosterbrüdern drei Schweizer von den Deutschen der Zusammenarbeit mit Freischärlern beschuldigt und hingerichtet worden. – Bombenabwürfe fremder Flugzeuge auf freies Gelände im Tessin.
30. Jan.: Der Bundesrat erklärt sich gegen die Ausrichtung eines Lohnausgleiches an Studierende.
31. Jan.: Die Zolleinnahmen im Jahr 1944 sind gegenüber dem Vorjahr um 39,2 Mill. Fr. zurückgegangen. – Der Zentralvorstand des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes verlangt in einer Resolution erneut die sofortige Aufhebung des Bundesbeschlusses bezüglich der zwangsweisen Aufbietung von Arbeitslosen in Arbeitsdetachemente, Bewachungs- und Grenzschutzkompagnien. – Die schweizerische Delegation zum Weltgewerkschaftskongreß, bestehend aus Giacomo Bernasconi, Hermann Leuenberger und Dr. Hans Oprecht, trifft in London ein. Den Delegierten wurden vom Politischen Departement Diplomatenpässe zur Verfügung gestellt.
1. Febr.: Inlandkohle und Sägemehl werden bezugsscheinpflichtig erklärt.
2. Febr.: Die Eidg. Expertenkommission für die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung stimmt bei ihren abschließenden Beratungen einer Eingabe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes über die Schaffung einer Übergangslösung zugunsten der alten Generation bis zum Inkrafttreten der Versicherung zu.
3. Febr.: Zahlreiche Grenzverletzungen durch alliierte Flugzeuge.
4. Febr.: Der ehemalige Radiosprecher

Treichler, ein überzeugter Nationalsozialist, wird vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement ausgebürgert.

5. Febr.: Die in der Schweiz erwartete britische Wirtschaftsdelegation wird von Dingle Foot, dem parlamentarischen Sekretär im Ministerium für den Wirtschaftskrieg, persönlich geleitet werden.

6. Febr.: Absturz eines amerikanischen Bombers.

8. Febr.: Wegen völligen Aufhörens der Kohleneinfuhr wird eine radikale Kürzung der Gaszuteilung an die Bevölkerung angeordnet, durch welche die Ernährungslage der Minderbemittelten, welche nicht die Ausweichmöglichkeiten von Mahlzeiten in Restaurants usw. haben, eine neue fühlbare Verschlechterung erfährt. – Gemeinsame Kundgebung verschiedener Zürcher Arbeiterorganisationen «Für die Freiheitskämpfer aller Länder» im Volkshaus Zürich.

9. Febr.: Nach bisher eingegangenen Informationen sind rund 30 Schweizer in Frankreich summarischen Hinrichtungen durch deutsche Truppen zum Opfer gefallen. –Der Rohertrag der außerordentlichen Bundessteuern und der Stempelabgaben belief sich 1944 auf 765,1 Mill. Fr. – Aus Paris trifft die offizielle Bestätigung ein, daß sich Frankreich an den Verhandlungen der Alliierten mit der Schweiz beteiligen werde. – Die schweizerische Gewerkschaftsdelegation in London klärt die russischen Kollegen in einer persönlichen Aussprache über schweizerische Verhältnisse auf.

11. Febr.: Ankunft der amerikanischen und englischen Wirtschaftsdelegation in Bern. – Eine erste Gruppe ausgebombter Deutschlandschweizer trifft in Kreuzlingen ein.

12. Febr.: Laughlin Currie, Chef der amerikanischen Delegation, überreicht Bundespräsident von Steiger eine persönliche Botschaft von Präsident Roosevelt. Die Delegation erklärt bei einem Presseempfang: «... wir kommen als Freunde, um sowohl anzubieten wie zu verlangen ...»

13. Febr.: Der Bundesrat bestimmt Zürich-Kloten als zukünftigen interkontinentalen schweizerischen Flughafen. Bern, Basel und Genf sind als weitere Stadtflughäfen für den kontinentalen Luftverkehr vorgesehen, ferner eine Reihe Regionalflugplätze in anderen Kantonen. – Das Eidg. Kriegsernährungsamt kündigt die Herabsetzung der Brot-, Fett- und Fleischration auf den Monat März an.

14. Febr.: Die schweizerischen Delegierten laden die russische Gewerkschaftsdelegation in London zu einem Besuch in der Schweiz ein.

15. Febr.: Die Schweiz trifft Vorbereitungen zur Aufnahme tausender ausgebombter Deutschlandschweizer.

16. Febr.: Sperre der deutschen Guthaben in der Schweiz durch Bundesratsbeschluß. — Der Bundesrat bewilligt der Partei der Arbeit das Erscheinen ihrer Zeitung «Vorwärts». — Die von den Vertretern des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes eingeladene russische Gewerkschaftsdelegation erhält vom Bundesrat die Einreisebewilligung.

17. Febr.: Grenzverletzungen durch alliierte Flugzeuge.

18. Febr.: Öffentliche Empörung über den Tod eines fünfjährigen Verdingkindes im Bernbiet, welches an Mißhandlungen und schlechter Ernährung starb. Es wird dringend eine bessere Lösung des Verdingkinderproblems verlangt.

19. Febr.: Auf das dringende Gesuch des Stadtrates von Zürich hin verbietet der zürcherische Regierungsrat die beiden angekündigten Furtwängler-Konzerte.

20. Abreise einer zweiten schweizerischen Ärztemission nach Belgien.

21. Febr.: Nach einer Übereinkunft der interessierten Regierungen wird mit der Heimschaffung deutscher, amerikanischer und britischer Militärinternierter in der Schweiz begonnen. — Carl Burckhardt, Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, wird zum schweizerischen Gesandten in Paris ernannt.

22. Febr.: Zahlreiche Bombenabwürfe in der Nord- und Ostschweiz durch amerikanische Flugzeuge. 18 Todesopfer und zahlreiche Verletzte in Stein am Rhein und Rafz. Herr Currie von der alliierten Wirtschaftsdelegation gibt das Versprechen ab, sich bei Präsident Roosevelt dafür einzusetzen, daß künftig solche Ereignisse verunmöglicht werden. Bombenabwürfe werden selbst aus Graubünden gemeldet, eine Person wird getötet und mehrere verletzt.

23. Febr.: Abhaltung des Furtwänglerkonzertes in Winterthur. Die Arbeiterschaft protestiert durch eine Massendemonstration vor dem Konzertsaal. — Die russische Gewerkschaftsdelegation teilt mit, daß es ihr angesichts der bereits festgelegten Reisepläne leider nicht möglich sei, der Einladung in die Schweiz Folge zu leisten. — Bei Wunderklingen erschießt ein deutscher Grenzwächter einen russischen Flüchtling auf Schweizer Boden. — Absturz eines Schweizerischen Militärflugzeuges, Tod der beiden Insassen.

25. Febr.: Absturz und Notlandungen dreier amerikanischer Bomber.

27. Febr.: Der Bundesrat hebt auf 1. März 1945 die Parteiverbote auf. — Landung von sechs und Absturz von drei amerikanischen Bombern.

28. Febr.: Hofmaier und andere führende Mitglieder der Partei der Arbeit unterzeichnen eine Erklärung, daß nach Aufhebung des Parteienverbotes nicht die geringste Veranlassung bestehe, eine Neugründung der Kommunistischen Partei vorzunehmen, da die Schweizer Kommunisten vorbehaltlos die Politik der PdA billigten. — Bombenabwurf auf Schaffhauser Gelände.

1. März: Der Bundesrat verbietet ein von Hans Erni entworfenes Werbeplakat der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion. — Nach einer Informationsreise nach Paris kehren der amerikanische und französische Chef der Handelsdelegation nach Bern zurück, wo die Wirtschaftsverhandlungen mit allen Beteiligten ihren Fortgang nehmen. Erneute Kontingentierung des Papiers.

2. März: Absturz eines schweizerischen Militärflugzeuges, Tod der zwei Mann Besatzung.

4. März: Schwere Bombardierungen von Zürich und Basel. In Zürich sind fünf Todesopfer und zahlreiche Verletzte zu beklagen. In Basel Großbrände sowie zahlreiche Explosionsschäden. — Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Tschechoslowakei. — Bei den St. Galler Großratswahlen gewinnen die Sozialdemokraten fünf Sitze, bei den Wahlen im Wallis acht.

7. März: Abschluß der Berner Wirtschaftsverhandlungen. Volles Einvernehmen in allen zur Diskussion stehenden Fragen. Die unterzeichneten Vereinbarungen werden vorläufig nicht veröffentlicht.

8. März: Generalleutnant Carl M. Spaatz, Kommandant der amerikanischen strategischen Luftstreitkräfte in Europa, bespricht in Bern mit den obersten Behörden sowie mit General Guisan und anderen hohen Militärs die geeigneten Maßnahmen zur Vermeidung irrtümlicher Bombardierungen der Schweiz. — Zahlreiche Todesfälle durch schwere Lawinenunglücke im Gotthardgebiet und Glarnerland. Allein in Andermatt sind elf Todesopfer durch die Zerstörung einer Kaserne zu beklagen.

9. März: Der Kohlen- und Eisentransit Deutschland—Oberitalien durch den Gotthard wird eingestellt. In Ermangelung einer Gegenleistung von Kohlenlieferungen Deutschlands an die Schweiz stellt letztere ihre Ausfuhr an elektrischer Energie ein.

10. März: Das Territorialgericht 3 B fällt über sechs Schweizer und Liechtensteiner Bürger wegen Verrats militärischer Geheimnisse hohe, teils lebenslängliche Zuchthausstrafen. Zwei der Angeklagten werden in contumaciam zum Tode durch Erschießen verurteilt.

11. März: Eine Versammlung von Kommunisten in Zürich erklärt die Neugründung der KPS als vollzogen, bestellt das Zentralkomitee und erläßt einen Aufruf, der unter anderem schwere Anschuldigungen gegen die Leitung der «Partei der Arbeit», insbesondere gegen Hofmaier enthält. — Kürzung der Seifenration für das nächste Quartal.

12. März: Eine schweizerische Abordnung prüft die Verkehrsmöglichkeiten in französischen Häfen und führt Besprechungen mit französischen Transportkreisen.

13. März: Herabsetzung der Brot- und Fettrationen im April (200 Gramm Brot pro Tag, 500 Gramm Fettstoffe pro Monat). — Immer noch fast tägliche Überfliegungen durch alliierte Flugzeuge.

14. März: Heftige Auseinandersetzungen im Zürcher Gemeinderat über die Affäre Furtwängler.

15. März: Tod von Dr. J. Steinemann, alt Satuspräsident.